



LANDKREIS CUXHAVEN

Der Oberkreisdirektor

Landkreis Cuxhaven, Postfach 328, 2190 Cuxhaven

Herrn

Hohe-Lieth-Weg

2854 Loxstedt-Düring

Amt

Ordnungsamt

Mündl. oder telef. Auskunft erteilt

Zimmer

Vincent-Lübeck-Str. 2, 2190 Cuxhaven

Schriftverkehr nur an die Postanschrift in Cuxhaven

Ihr Zeichen

und Tag

Bitte bei Antworten angeben

Mein Zeichen
32.3-32 41 01

Hausruf-Durchwahl
04721 - 66

Cuxhaven, 10.09.1990

B e s c h e i d

I.

Genehmigung einer Anlage nach Bundes-Immissionsschutzgesetz

Aufgrund des § 4 i. V. m. § 15 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes - BImSchG - vom 11.05.1990 (BGBl. I S. 870) in der Fassung vom 01.09.1990 (BGBl. I S. 880) i. V. m. Ziff. 7.2 b, Spalte 1, des Anhanges zur Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (4. BImSchV) in der Fassung vom 24.07.1985 (BGBl. I S. 1586), zuletzt geändert am 15.07.1988 (BGBl. I S. 1059) sowie der Verordnung über die Regelung von Zuständigkeiten im Gewerbe- und Arbeitsschutzrecht sowie in anderen Rechtsgebieten vom 29.05.1985 (Nds. GVB1. S. 119), zuletzt geändert durch Verordnung vom 12.01.1990 (Nds. GVB1. S. 15), wird hiermit der Firma

Düringer Fleischkontor

Hohe-Lieth-Weg

2854 Loxstedt-Düring

auf Ihren Antrag vom 18.06.1990, hier eingegangen am 04.07.1990, die Genehmigung erteilt, nach Maßgabe der eingereichten Antragsunterlagen auf dem Betriebsgrund-

stück in Loxstedt, Gemarkung Düring, Flur 1, Flurstück 99/3, eine Erweiterung des Schlachtereibetriebes (Umbau von Kühl-, Tiefkühl-, Verlade- und Eingangszone sowie Büro- und Nebenbereiche) vorzunehmen. Die Erweiterung des Schlachtereibetriebes stellt eine wesentliche Änderung einer genehmigungsbedürftigen Anlage gem. § 15 BImSchG dar.

Der Genehmigung liegen folgende Antragsunterlagen zugrunde:

- Antrag auf Genehmigung einer Anlage nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 18.06.1990
- Bauantrag
- Lageplan, Maßstab 1:1 000
- Bauzeichnungen
- Baubeschreibung
- Statische Berechnung
- Prüfbericht-Nr. 313/90 des Dipl.-Ing. [REDACTED] 3000 Hannover
- Entwässerungsplan, Eingrünungsplan

Die Genehmigung erlischt, wenn nicht innerhalb von zwei Jahren nach Eintritt der Unanfechtbarkeit mit der Errichtung und dem Betrieb der Anlage begonnen wird, oder die Anlage während eines Zeitraumes von mehr als drei Jahren nicht mehr betrieben wird (§ 18 Abs. 1 BImSchG).

Die durch das Verfahren entstandenen Kosten (Gebühren und Auslagen werden der Antragstellerin auferlegt. Die Kostenfestsetzung erfolgt durch besonderen Bescheid.

II.

Die Genehmigung ist an die nachfolgenden Auflagen gebunden:

- 1.) Die Prüfbemerkungen im Prüfbericht des Prüfsachverständigen für Baustatik sind Bestandteil der Genehmigung und zu beachten.
- 2.) Über die Ausführung der Stahlbetonarbeiten sind gem. DIN 1045, 4.3 a - h fortlaufend Aufzeichnungen zu machen bzw. ein Bautagebuch zu führen.

Die Ergebnisse der Druckfestigkeitsprüfungen sind nach Abschluß der Betonarbeiten der Bauaufsichtsbehörde zu übergeben.

Bei Einbau von Transportbeton ist der Bauaufsichtsbehörde nach Abschluß der Betonarbeiten eine Bestätigung des Lieferwerkes über den angelieferten Beton zu übergeben.

- 3.) Rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten sind die statischen Ausführungszeichnungen (2fach) zur Prüfung vorzulegen.
- 4.) Die Abnahme der tragenden Bauteile ist von dem Prüfsingenieur für Bau- statik vorzunehmen. Bis zur Rohbauabnahme sind die entsprechenden Ab- nahmeberichte vorzulegen.
- 5.) Es ist eine vom öffentlichen Netz unabhängige Notstromanlage (Sicher- heitsbeleuchtung) vorzusehen. Sie muß bei Ausfall des Netzstromes selbsttätig einschalten und eine ausreichende Beleuchtung der Rettungs- wege bis zum Ausgang ins Freie ermöglichen.
- 6.) Die innenliegenden Sanitärräume und deren Vorräume sind nach DIN 18017, Bl. 1, bis in den freien Luftstrom über Dach zu entlüften. Die Zugangs- türen sind vom unteren Bereich mit Zuluftöffnungen von mind. 150 ccm zu versehen.
- 7.) Der Eingrünungsplan mit Entwässerungsplan vom 30.07.1990 ist Bestand- teil der Genehmigung.
- 8.) Die Anlage ist entsprechend den vorliegenden und mit Sichtvermerk ver- sehenden Zeichnungen und Beschreibungen zu errichten, sofern sich aus den folgenden Auflagen keine Änderungen ergeben.
- 9.) In den Bereichen "Trocknen (Schürzen)" und "Reinigen (Schürzen)" ist durch eine Lüftungstechnische Anlage ein mind. 8 - 10facher Luftwechsel pro Stunde zu gewährleisten.
- 10.) Die Lüftungstechnischen Anlagen der Umkleideräume sind so auszulegen, daß ein 4 - 8facher Luftwechsel je Stunde gewährleistet ist.
- 11.) Die Lüftungstechnischen Anlagen der Waschräume sind so auszulegen, daß ein mind. 10facher Luftwechsel pro Stunde gewährleistet ist.
- 12.) Die Lüftungstechnischen Anlagen in den Toilettenräumen sind so auszule- gen, daß sie einen Luftwechsel von 30 c^{bm}/h je Toilette und 15 c^{bm}/h je Bedürfnisstand ermöglichen. Insgesamt darf der Luftwechsel das 5fache des Rauminhalts nicht unterschreiten.

- 13.) Die Einhaltung der Luftwechselraten unter den Punkten 2 - 5 ist bei der Inbetriebnahme durch die Lieferfirma zu überprüfen und schriftlich zu bestätigen. Die Prüf- und Wartungsintervalle sind jeweils festzulegen, sofern die in § 53 Abs. 2 Arbeitsstättenverordnung angegebene Frist von zwei Jahren zu lang ist.
- 14.) Die Heizungsanlage ist so anzulegen, daß folgende Mindesttemperaturen bei Beginn der Arbeit erreicht werden können:
- In Waschräumen 24° C,
 - in Pausenräumen 21° C,
 - in Büroräumen 20° C.
- 15.) Die Fläche der als Sichtverbindung erforderlichen Fenster, Türen oder Wandflächen in der "Zerlegung" muß mind. 1/10 der jeweiligen Raumgrundfläche betragen; diese Fläche muß aus einem durchsichtigen Werkstoff bestehen.
- 16.) Der "Maschinenraum/Verpackungsraum" muß eine Sichtverbindung nach außen erhalten, sofern dort Arbeitnehmer beschäftigt werden.
- Die Fläche der als Sichtverbindung erforderlichen Fenster, Türen oder Wandflächen muß mind. 1/10 der jeweiligen Raumgrundfläche betragen; diese Fläche muß aus einem durchsichtigen Werkstoff bestehen.
- 17.) An der südöstlichen Seite des Zerlegeraumes ist ein zusätzlicher Ausgang ins Freie zu schaffen. Die Fluchttür muß nach außen aufschlagen. Sie muß sich von innen ohne fremde Hilfe jederzeit leicht öffnen lassen, solange sich Arbeitnehmer in der Arbeitsstätte befinden.
- 18.) Tore, die nach oben öffnen, müssen mit Fangvorrichtungen versehen sein, die beim Versagen der Tragmittel ein Abstürzen der Flügel verhindern; bei handbetriebenen Toren, z. B. Federbruchsicherung.
- 19.) Werden Tore kraftbetrieben, müssen sie § 11 der Arbeitsstättenverordnung entsprechen.
- a) Tore mit elektrischem Antrieb müssen einen Hauptschalter besitzen, mit dem die Anlage allpolig abgeschaltet werden kann. Der Hauptschalter muß gegen irrtümliches oder unbefugtes Einschalten gesichert werden können.

- b) Quetschstellen kraftbetriebener Tore sind so zu sichern, daß die Bewegung der Tore im Gefahrfall zum Stillstand kommt (z. B. durch Schaltleisten, Kontaktschläuche oder Lichtschranken).
 - c) Bei der Steuerung kraftbetriebener Tore von Hand muß weiterhin die Bewegung des Tores beim Loslassen des Steuerorgans zum Stillstand kommen (Totmann-Schaltung).
 - d) Kraftbetriebene Tore müssen vor der ersten Inbetriebnahme und nach Bedarf - jährlich jedoch mind. einmal - von einem Sachkundigen geprüft werden. Über die Durchführung der Prüfungen ist ein Nachweis zu führen. Bei der Bauabnahme ist der Nachweis über die erfolgte Prüfung vor der ersten Inbetriebnahme vorzulegen.
-
- 20.) Automatische Schiebetüren müssen so beschaffen sein, daß sie sich bei Stromausfall selbsttätig öffnen und in offener Stellung stehen bleiben.
 - 21.) Schiebetüren müssen gegen Ausheben und Herausfallen gesichert sein.
 - 22.) Treppen, Bühnen oder Deckendurchbrüche müssen mit einem Geländer, bestehend aus Handlauf, Knie- und Fußleiste, versehen sein (empfohlene Geländerhöhe nach DIN 24533 1,10 m).
 - 23.) Den Arbeitnehmern sind abschließbare Kleiderschränke zur Verfügung zu stellen, die in der Längsachse so zu unterteilen sind, daß eine getrennte Unterbringung von Arbeits- und Straßenkleidung möglich ist.
 - 24.) Die Toilettenzellen sind vollständig gegenüber den Toilettenräumen abzutrennen.
 - 25.) Druckbehälter in den Kälteanlagen sind vor Inbetriebnahme Prüfungen nach § 9 der Druckbehälterverordnung zu unterziehen. Ggf. ist die Prüfung durch den Sachverständigen (TÜV) durchführen zu lassen. Die Prüfbescheinigungen sind bei der Schlußabnahme vorzulegen.
 - 26.) Lkw's mit laufenden Kühlaggregaten sind auf dem Parkplatz so abzustellen, daß das Führerhaus auf die Verladezone gerichtet ist.
 - 27.) Die für die Be- und Entlüftung erforderlichen Fenster und Lichtkuppeln sind im Zerlegungs- und Verpackungsbereich mit Ungezieferschutz zu installieren.

- 28.) Der im Garten vorhandene Löschwasserteich - im Zuge der Sicherstellung des Objektschutzes der Löschwasserversorgung in Auflage und Absprache mit der Einheitsgemeinde Loxstedt erstellt - ist für den Zeitraum der Gültigkeit der Genehmigung und Nutzung so zu erhalten, daß der Zweck gewährleistet bleibt. Auf die Pflicht, den Teich sauberzuhalten, wird verwiesen (Verordnung über die Reinhaltung von Löschwasserstellen vom 03.11.1951).
- 29.) Für die Bekämpfung von Entstehungsbränden ist eine ausreichende Anzahl von tragbaren Feuerlöschern vorzuhalten. Als Grundschutz sind vorab vier Schaumlöscher der Löschergröße III - DIN 14406 - Brandklassen B-C der Normenausgabe S 10 H (10 l Schaum) sowie drei Feuerlöscher PG 6 (Brandklassen A-B-C) vorzuhalten. (Grundschutz). Der Objektschutz ist nach Fertigstellung der baulichen Anlage durch differenzierte Löscherarten sicherzustellen.

III.

Von der Auslegung des Antrages und der Unterlagen sowie von der öffentliche Bekanntmachung des Vorhabens konnte gem. § 15 Abs. 2 BImSchG abgesehen werden, da durch die Änderung zusätzliche oder andere Immissionen oder auf andere Weise Gefahren, Nachteile oder Belästigungen für die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft nicht herbeigeführt werden.

In dem Genehmigungsverfahren wurden folgende Fachbehörden beteiligt:

- Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven,
- Gemeinde Loxstedt,
- vom Landkreis Cuxhaven:
 - Hochbauamt,
 - Tiefbauamt,
 - Amt für Naturschutz und Landschaftspflege,
 - Ordnungsamt (Brandschutzprüfer),
 - Gesundheitsamt,
 - Veterinäramt.

Diese haben ihren Fachgebieten entsprechend das beantragte Vorhaben begutachtet und - soweit erforderlich - Auflagen und Hinweise unterbreitet, die unter Abschnitt II berücksichtigt wurden.

Die Kostenentscheidung folgt aus dem Gesetz über die Erhebung von Gebühren und Auslagen in der Verwaltung (Verwaltungskostengesetz) vom 07.05.1962 (Nds. GVB1. S. 43), zuletzt geändert am 22.03.1990 (Nds. GVB1. S. 101).

IV.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Landkreis Cuxhaven, Vincent-Lübeck-Straße 2, 2190 Cuxhaven, einzulegen.

Im Auftrage



Kreisamtsrat